

Bericht über die 3. Dolder-Konferenz vom 12.-14. Januar 1990

Dieser Bericht fasst die wichtigsten Ergebnisse der 3. Dolder-Konferenz zusammen und ist thematisch gegliedert. Die Liste der Teilnehmer, ein Protokoll aller drei Sitzungen und eine zusammenfassende Darstellung des Inhaltes der unterbreiteten Papiere sind als Anhänge enthalten.

Die Lage der Sowjetunion

Als wahrscheinliche minimale Sicherheitsbedingungen der UdSSR wurden die Bewahrung der gegenwärtigen Grenzen (keine Unabhängigkeit für die baltischen Republiken) mit vollständigem und freiem Zugang zu allen Teilen des Landes für die Streitkräfte genannt. Das sowjetische Militär nimmt es übel, dass Osteuropa verlorengelht und dass es selber immer wieder angegriffen wird. Pamjat hat eine starke Stellung im Militär, insbesondere im Generalstab. Die militärische Führung kann kleinere Streitkräfte akzeptieren; die Strukturen musste ohnehin der technologischen Entwicklung angepasst werden.

Die wichtigsten Bedrohungen für die Sowjetunion kommen von innen. Das bisherige Scheitern der Reformbemühungen wird voraussichtlich die Nationalitätenprobleme sich weiter zuspitzen lassen. Es wurde erwartet, dass die baltischen Republiken deutliche Fortschritte in Richtung Autonomie machen (was teilweise bereits eingetroffen ist), allerdings wurde auch prognostiziert, dass Gorbatschow die Litauer zunächst mit Drohungen und dann mit der Verhängung des Kriegsrechtes abschrecken werde. Es könne dabei zu begrenztem Blutvergiessen kommen, aber die Unabhängigkeitsbestrebungen Litauens würden unter Kontrolle gebracht, und Gorbatschow werde diese Krise überstehen (M. Nacht). Die grosse Herausforderung, wenn auch nicht die früheste, wurde allerdings weniger von den baltischen Republiken als von der Ukraine und Moldawien erwartet. Gorbatschow dürfte alle Sezessionsversuche zu blockieren versuchen.

Die wirtschaftliche Situation wurde nicht im Detail diskutiert; sie wurde aber von den Teilnehmern als kritisch beurteilt. Es gilt in diesem Zusammenhang auch die Konsequenzen der osteuropäischen Revolutionen auf den Comecon und die Sowjetunion zu berücksichtigen. Es wurde auch die Vermutung geäussert, dass die sowjetische Blockpolitik in Zukunft stärker von wirtschaftlichen Themen dominiert werden könnte.

Was die politische Entwicklung betrifft, so wird es Gorbatschow nach Ansicht von W.F. van Eekelen nicht gelingen, die KPdSU so schnell zu reformieren, dass alle demokratischen Aspirationen in der Partei aufgefangen werden könnten. M. Nacht sagte (richtig) voraus, dass sich Gorbatschow nicht gegen die Abschaffung von Artikel 6 der sowjetischen Verfassung (Monopol der KPdSU) stellen werde. Generell werde er kurzfristig ein hartes Durchgreifen zu vermeiden suchen und eher partielle Lösungen anstreben. Für 1990 und 1991 sah M. Nacht die folgenden Möglichkeiten: Gorbatschow tritt zurück (vernachlässigbare Wahrscheinlichkeit); Gorbatschow fällt einem Attentat oder Unfall zum Opfer (10%); Gorbatschow wird politisch abgesetzt (20%), Gorbatschow führt die Unterdrückung von politischen Gegnern im Baltikum und in den islamischen Republiken an (sehr wahrscheinlich). Insgesamt sei ein von Gorbatschow angeführter Kampf um die Erhaltung der Einheit der UdSSR wahrscheinlicher als seine Ablösung durch Ligachev, Jeltsin oder andere.

Es wurde auch die Frage angesprochen, was der Westen tun könnte, falls die Sowjetunion zu ihrer früheren Politik zurückkehren würde. Was die politischen Aspekte dieses Problems betrifft, so sagte F. Heisbourg, dass die Bevölkerungen in den westlichen Staaten die in einem solchen Fall notwendigen Konsequenzen durchaus unterstützen würden, sofern sie überzeugt seien, dass das Verschulden nicht auf westlicher Seite zu suchen sei. Darum sei es wichtig, dass der Westen keine Chance auslasse, die Ost-West-Beziehungen zu verbessern. Was die militärische Komponente betrifft, so wurde die Einschätzung geäußert, dass der Westen kurz- und mittelfristig die Mittel zu einer angemessenen Reaktion haben würde. Auf längere Frist hinaus sei das derzeit nicht zu beantworten. Es wurde zu bedenken gegeben, dass die Streitkräftestrukturen der USA und Grossbritanniens für rasche Mobilisierung und Demobilisierung ungeeignet seien - vielleicht sollte man die sowjetische Struktur nachzuahmen versuchen.

Im Verhältnis zu China wird für die nächste Zeit ein Stillstand erwartet. Vor dem Massaker in Beijing wollte Gorbatschew die alten Probleme aus dem Weg räumen und war auch zu Konzessionen bereit. Nun will die sowjetische Führung aber nicht mit der Repression von Beijing identifiziert werden. Militärische Aspekte wurden als wenig relevant in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen betrachtet. Die Sowjetunion sei stärker über Japan beunruhigt.

Die Lage in Osteuropa

Gorbatschow mag 1986/87 einen Plan gehabt haben, dass der Wandel in Osteuropa zu reformierten sozialistischen Regimen führen sollte, die im Warschauer Pakt bleiben würden. Er hat die vom Volk getragenen Revolutionen aber nicht vorausgesehen. Nach allgemeinem Urteil könnte die Sowjetunion die Entwicklungen in Osteuropa nicht mehr rückgängig machen, selbst wenn sie es wollte; die politischen Kosten wären zu hoch. Es ist nicht ausgeschlossen, dass man in Moskau immer noch hofft, dass demokratisch-sozialistische Gesellschaften das gemeinsame Haus Europas aufbauen werden. Gorbatschow könnte in diesem Zusammenhang Initiativen lancieren. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass der Erfolg der Demokratie in Osteuropa noch nicht gesichert sei. Autoritäre Regimes könnten sich herausbilden. Was die westliche Wirtschaftshilfe betrifft, so müssten jetzt schmerzliche Entscheidungen über die Streichung alter Schulden und die Zurverfügungstellen neuer, nicht rückzahlbarer Unterstützung getroffen werden.

Zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten

Die Politik der Sowjetunion, so F. Heisbourg, ist davon geleitet, den Warschauer Pakt zusammenzuhalten und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten nur dann zuzustimmen, wenn beide Bündnissysteme aufgelöst werden. Es sollte aber trotzdem möglich sein, die Sowjetunion davon zu überzeugen, dass die Verbindung von deutscher Einheit und Neutralität sowjetischen Interessen stärkeren Schaden zufügen könnte als eine Vereinigung im westlichen Kontext. Zu diesem Zweck sollte man der UdSSR vor Augen führen, welche Risiken ein neutrales Deutschland in sich bergen würde und gleichzeitig darauf hinweisen, dass die UdSSR im Rahmen der KSZE Einfluss auf das vereinigten Deutschland nehmen könne. Dabei sollte man aber der irrigen sowjetische Vorstellung entgegentreten, dass ein KSZE-Prozess ohne Allianzen eine europäische Sicherheitsstruktur abgeben könne.

M. Wörner erklärte, die Wiedervereinigung Deutschlands sei unausweichlich. Dies werde nicht von den Politikern entschieden, sondern vom Volk. Es sei dabei durchaus möglich, die Interessen Deutschlands, der Nachbarstaaten und der UdSSR gleichzeitig zu berücksichtigen. Deutschland müsse in jedem Fall weiter am europäischen Integrationsprozess teilnehmen und in der NATO verbleiben. Letzteres liege auch im sowjetischen Interesse. Für eine Übergangsperiode müsse man pragmatisch sein und auch die Präsenz sowjetischer Truppen auf dem Gebiet der gegenwärtigen DDR akzeptieren. Eine wesentlich andere Einschätzung der Lage in der Bundesrepublik hatte H. Rühle. Er bestritt zwar nicht den Ernst der Lage (Abwanderung von damals ca. 1200 zumeist junger und gut ausgebildeter Leute pro Tag, Ausbleiben von Anzeichen einer wirtschaftlichen Verbesserung in der DDR, beschränkte Aussichten auf Wechsel durch Wahlen, negative Ausrichtung der Opposition), meinte aber, in der Bundesrepublik gebe es wenig organisierte Unterstützung für eine rasche Vereinigung. Die Bundesregierung biete nur eine längerfristige Lösung an (10-Punkte-Plan); sie sei sich auch bewusst, dass im westlichen Ausland keine Unterstützung für eine rasche Vereinigung bestehe. Was die sowjetische Militärpräsenz in der DDR betreffe, so werde die WGT von der Bevölkerung gut aufgenommen (besser als die NVA) und als Faktor der Stabilität betrachtet. Die Idee, dass ein vereinigtes Deutschland mit seinem ganzen Territorium der NATO angehören solle, stosse in der DDR auf breite Ablehnung. Nach dieser unkonventionellen Beurteilung wurde von anderer Seite (F. Heisbourg) darauf hingewiesen, dass die Intellektuellen und die politische Führung in der Bundesrepublik wie in der DDR konservativer als das Volk seien; es sei falsch, ihrer Beurteilung viel Gewicht beizumessen.

Es besteht keine Klarheit darüber, was die Vereinigung der beiden deutschen Staaten für die Vorverteidigung bedeuten wird. Eine Möglichkeit wäre, dass sie zugunsten von schnellen Eingreiftruppen aufgegeben würde.

Zustand und Entwicklung des Warschauer Pakts

Der Warschauer Pakt wurde allgemein nicht mehr als funktionsfähig betrachtet. Es wurde auch nicht ausgeschlossen, dass einer oder mehrere Mitglieder die Allianz verlassen werden, besser aber nicht vor dem Abschluss eines ersten CFE-Abkommens, da ein solcher Schritt dieses Abkommen komplizieren würde. Der Kern des Warschauer Pakts besteht zurzeit aus der sowjetischen Militärpräsenz in der DDR. Die sowjetische militärische Infrastruktur in der DDR stellt laut A.H. Cordesman eine Investition von 1'000 Mia. US-\$ dar. Da es keine ähnliche Infrastruktur in den westlichen sowjetischen Militärbezirken gibt, hat die WGT keine bereitstehenden Ausweichquartiere; diese müssten erst aufgebaut werden. Als denkbarer künftiger Dislozierungsraum für sowjetische Truppen wurde das westliche Polen genannt. Die Sowjetunion muss sich aber trotzdem auf den Eventualfall vorbereiten, dass sie alle Truppen aus dem Vorfeld zurückziehen muss.

Zukunft der NATO

Verschiedene Teilnehmer erwarten, dass die Erosion oder gar Auflösung des Warschauer Pakts Forderungen nach einer parallelen Auflösung der NATO provozieren wird. M. Wörner verwahrte sich dagegen, NATO und Warschauer Pakt auf die gleiche Stufe zu stellen, dies sei auch ein Hinderungsgrund, direkte Beziehungen mit dem

Warschauer Pakt aufzunehmen. Er bezeichnete es als die drei Hauptinteressen der NATO, den derzeit für den Westen vorteilhaften "Lauf der Geschichte" zu erhalten, diesen Lauf dann zu steuern, wenn er weniger vorteilhaft zu verlaufen droht, und die Stabilität zu erhalten, wobei diese Stabilität nicht mit der Erhaltung des Status quo gleichzusetzen sei. Vier Faktoren würden die Dynamik wesentlich bestimmen, nämlich das Bedürfnis nach Freiheit, das Scheitern des Kommunismus, die Integration Westeuropas und der Fortbestand der NATO mit amerikanischer und kanadischer Truppenpräsenz in Europa. Wichtige Elemente einer neuen politischen und militärischen Struktur sind laut M. Wörner Selbstbestimmung und Demokratie, die EG, Rüstungskontrolle, nukleare Abschreckung auf minimalem Niveau (was für die UdSSR trotz anderslautender Beteuerungen auch langfristig durchaus akzeptabel sei), der transatlantische Charakter der westlichen Allianz und der KSZE-Prozess. Nachdem die UdSSR die Kontrolle über Osteuropa vollständig verloren habe, sehe selbst sie wahrscheinlich eine längerfristige US-Militärpräsenz in Europa als notwendig an. Die UdSSR habe vielleicht auch ihre Haltung zur Denuklearisierung Europas geändert.

W.F. van Eekelen sah folgende Rollen für die NATO nach einem CFE-Abkommen: Sie ist eine Garantie gegen eine Umkehrung der Entwicklung, sie bindet die USA in die europäische Sicherheitsstruktur ein, sie arbeitet Rüstungskontrollvorschläge aus, sie kann zwischen den Entwicklungen in den USA und in Europa koordinieren, sie ist ein stabiler Rahmen für die Lösung der deutschen Frage und sie kann dazu beitragen, Konflikte innerhalb der Allianz (Griechenland - Türkei) zu regeln.

Kritische Anmerkungen zur NATO machten vor allem amerikanische Teilnehmer. So kritisierte A.H. Cordesman, dass die Bundesrepublik keine eigentliche Strategie habe, dass Frankreich die Verteidigungsausgaben reduziert habe, dass die NATO in manchen kritischen Kategorien Munitionsvorräte nur für 2-3 Tage habe, und dass die NATO generell eine hohle Struktur aufweise. Im übrigen befinde sich die gegenwärtige Stärke des Luftabwehrgürtels der NATO 30% unter dem minimal Notwendigen. Von CFE erwartet Cordesman keine Verbesserung der NATO-Position. Was die Situation Frankreichs betreffe, sagte F. Heisbourg, so habe es nur das geplante Wachstum des Verteidigungsbudgets von 4% auf 1-2% reduziert, es sei aber fast das einzige Land in Europa, welches die Verteidigungsausgaben erhöhe. H. Rühle erklärte zur Situation in der Bundesrepublik, dass die Entwicklungen in Osteuropa noch keinen Einfluss auf Budget und Streitkräfteplanung gehabt hätten. Vielmehr seien Veränderungen unter dem Druck der demographischen Entwicklung erfolgt. Der Bestand der Bundeswehr werde auf 380,000 Mann sinken. In der Bundesrepublik habe über die vergangenen Jahre "strukturelle Abrüstung" stattgefunden, zumal das Wachstum der Verteidigungsbudgets (3%) mit der Inflation im Rüstungsbereich (5%) nicht Schritt gehalten habe. Jedes Jahr habe die Bundeswehr 2-3% ihrer Schlagkraft verloren.

Das transatlantische Verhältnis

Von amerikanischer Seite wurden Irritationen mit den Europäern deutlich gemacht. Die europäischen NATO-Alliierten seien unfähig, klar zu definieren, welche Rolle die USA in der Allianz in Zukunft spielen soll. Es sei unklar, was die Europäer überhaupt wollten. In Europa bestehe ein wenig präzises Gefühl, dass die USA schon da sein würden, wenn sie benötigt werden sollten, und die USA sollten dafür zahlen. In Zukunft werde es weniger Geld für Systeme geben, die auf Europa zugeschnitten seien. Kalkulationen, welche Verstärkungen die USA innerhalb welcher Frist nach Europa bringen könne, hätten primär politischen Charakter und seien nicht realistisch. Die

USA könnten nicht innert 10 Tagen 10 Divisionen nach Europa bringen. Im letzten Jahr habe der Kongress erstmals das Niveau der US-Militärpräsenz in Europa mit dem Niveau der Streitkräfte der europäischen Verbündeten verknüpft. Angesichts der Budgetrealitäten werden in den USA grosse Divergenzen erwartet zwischen jenen, die weiterhin auf einen Einsatz in Europa ausgerichtete Streitkräfte beibehalten wollen, und jenen, die dafür argumentieren, die US-Streitkräfte auf Einsätze in der Dritten Welt auszurichten. Im übrigen wurde auch darauf hingewiesen, dass Europa nicht mehr der grösste Handelspartner der USA sei.

Von europäischer Seite wurde dagegen argumentiert, Europa bleibe für die USA nach wie vor wichtig. Die amerikanische Militärpräsenz sei ein sichtbarer Ausdruck einer politischen Verpflichtung. Ausserdem wurde eingewendet, angesichts der schnellen Entwicklungen sei gegenwärtig nicht der geeignete Zeitpunkt zur Formulierung langfristiger Strategien. Man müsse im Gegenteil möglichst viele Optionen offenhalten.

Die Lage in den USA

Wie M. Nacht erklärte, wird die Aussenpolitik der Administration von Bush, Baker und Scowcroft formuliert. Verteidigungsminister Cheney hat eine periphere Rolle; er gehört nicht zum inneren Kreis, sondern hat die Rolle zugewiesen erhalten, das Verteidigungsministerium zu führen und für die Zukunft zu planen. Baker ist nicht nur bei der Formulierung der Aussenpolitik dominant, sondern er implementiert sie auch weitgehend ohne Zutun der Karrierediplomaten. Vizepräsident Quayle, Cheney und Gates (NSC) seien die Anführer der Gruppe, die Hilfe für Gorbatschow ablehne. Was den Kongress betreffe, so seien die Vorsitzenden der Streitkräfteausschüsse (Nunn, Aspin) zwar einflussreich, ihre Ideen seien aber eher taktisch als strategisch. Die aussenpolitischen Ausschüsse seien schwach, und verschiedene einflussreiche demokratische Abgeordnete, darunter auch potentielle Präsidentschaftskandidaten, äusserten sich derzeit kaum zur Aussenpolitik. In den USA sei ein einfacher Ansatz in der Politik vorherrschend: Man müsse ein Problem identifizieren, es lösen und nachher vergessen. Dieser Ansatz sei ungeeignet für internationale Beziehungen. Von den USA seien keine grossen Konzeptionen oder Lösungsvorschläge zu erwarten.

Lateinamerika wird für die USA immer wichtiger. Nach Umfragen waren 91% der Amerikaner für die Intervention in Panama. Die Wahlen in Nicaragua werden auch sehr aufmerksam verfolgt, und sie dürften laut W. Stocombe auch einen Einfluss auf das Verhältnis zur Sowjetunion haben.

Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (CFE)

Die gegenwärtigen CFE-Verhandlungen gehen für die Sowjetunion zu langsam. Ein Sowjetologe (C.N. Donnelly) argumentierte, sie sei angesichts der politischen und wirtschaftlichen Situation bereit, über alles zu diskutieren. Sie habe erkannt, dass die technologische Entwicklung viele gegenwärtige Waffensysteme innert 10 Jahren obsolet machen werde und wolle diese jetzt zu einem möglichst günstigen Kurs einhandeln. Sonst könnte sie sich mit einem grossen Vorrat an Schrott wiederfinden. In der NATO bestehen keine genauen Berechnungen über die Auswirkungen des CFE-Abkommens. Die USA wollen sicherstellen, dass auch sie von den Reduktionen profitieren werden. Es besteht aber laut A.H. Cordesman wenig Druck im Kongress, die

Ergebnisse eines CFE-Abkommens bereits vorzeitig unilateral durch Truppenreduktionen vorwegzunehmen. Wenn die Bundesrepublik ein klares militärisches Konzept für die Zeit nach einem CFE-Abkommen habe, werde die USA es unterstützen, selbst wenn es nur eine Fassade sei. Solange sie willkommen sei, sei eine (wenn auch reduzierte) US-Militärpräsenz in Europa kein Problem.

Es wird zumeist damit gerechnet, dass ein CFE-Abkommen noch in diesem Jahr unterzeichnet werden kann, wobei diese Unterzeichnung mit einem KSZE-Gipfeltreffen zusammenfallen kann. Einige Teilnehmer sahen Herbst 1990 als etwas ambitionöse zeitliche Zielvorgabe an; es wurde auch Januar 1991 als denkbarer Unterzeichnungszeitpunkt genannt (womit auch das KSZE-Gipfeltreffen erst dann stattfinden würde).

Über eine zweite Verhandlungsphase von CFE (CFE-II) bestehen noch keine exakten Vorstellungen. Weitere Reduktionen auf 50% der für das erste CFE-Abkommen angestrebten Obergrenzen, die diskutiert werden, könnten Probleme für die Struktur der Streitkräfte und für die nationalen Wehrpflichtsysteme aufwerfen. So machte F. Heisbourg darauf aufmerksam, dass ein Bestand von 280.000 Mann für Frankreich die kritische Schwelle sei, unterhalb derer die allgemeine Wehrpflicht nicht mehr effizient wäre. J.J. Holst sprach sich gegen die Ausweitung der CFE-Verhandlungen von 23 auf 35 Teilnehmer aus. Die Verhandlungen seien bereits jetzt schwerfällig. Hingegen könnte man allenfalls die Verbindungen zwischen den 23 und den 35 intensivieren (Themen: VSBM, Reduktion der Militärausgaben), so dass die N+N-Staaten beteiligt würden, ohne dass sie in alles einbezogen würden. "Open Skies" wurde begrüsst, zumal es eine Aufklärung des asiatischen Teils der Sowjetunion erlauben wird, das von CFE-Verifizierungsbestimmungen nicht abgedeckt ist.

Rüstungskontrolle für Seestreitkräfte

Der Nutzen und die Unausweichlichkeit von Verhandlungen über Seestreitkräfte wurden unterschiedlich beurteilt. Dieses Thema sei zwar derzeit unpopulär, sagte J.J. Holst, es werde aber auf Dauer nicht gelingen, Seestreitkräfte aus der Rüstungskontrolle auszuklammern. Ein einfaches Nein genüge hier nicht, und die NATO müsse ein Konzept entwickeln, ihre Interessen definieren und sich auf Verhandlungen intellektuell vorbereiten. Die einfache Ausweitung von Übereinkommen, die grundsätzlich für Landstreitkräfte ausgehandelt wurden, sei ungeeignet. Hingegen könnte z.B. das US-sowjetische Abkommen über die Vermeidung von Zwischenfällen auf hoher See mit mehr vertrauensbildenden Massnahmen angereichert werden. Was die spezifischen Interessen der NATO betreffe (Offenhaltung der atlantischen Seeverbindungen), so könnte dieses Anliegen laut Holst in Abkommen geschützt werden (z.B. durch drastische Beschränkungen auf Angriffs-U-Boote). Im übrigen sei die USA Angriffen von Seestreitkräften gegenüber verwundbarer als die UdSSR. Holst hält es für durchaus denkbar, dass die USA und die Sowjetunion übereinkommen, alle seegestützten Marschflugkörper (SLCM) zu eliminieren. Die US-Praxis, die Präsenz von Nuklearwaffen an Bord von Schiffen weder zu bestätigen noch zu dementieren, ist nach Holst von geringer Bedeutung, wenn es um die Abwägung übergeordneter Interessen, wie z.B. der Sicherung der Seeverbindungen im Atlantik, geht.

Von amerikanischer Seite (Cordesman) wurde eingewendet, die USA hätten globale Interessen zu verteidigen. Es gehe nicht nur um den Atlantik. Europa sei im übrigen

auch nicht in der Bekämpfung von nuklearen U-Booten engagiert. Auch die Ausweitung von vertrauensbildenden Massnahmen auf Seestreitkräfte wird abgelehnt.

Nuklearwaffen kürzerer Reichweite (SNF)

Verschiedene - auch amerikanische - Teilnehmer sagten (unwidersprochen), das Programm zur Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenraketen (Lance-follow-on) sei "tot", es bestehe aber Unklarheit, was geschehen solle. Von europäischer Seite wurde erklärt, SNF bleibe ein Problem, es wäre aber unklug und verfrüht, es derzeit lösen zu wollen. J.J. Holst meinte, am wahrscheinlichsten sei es, dass man sich luftgestützten Systemen zuwenden werde. H. Rühle wendete jedoch ein, in der Bundesrepublik sei das Argument stark geworden, dass Flugzeuge mit nuklearen Abstandslenkwaffen (SRAM-T, TASM), infolge der kombinierten Reichweite von Flugzeug und Lenkwaffe eine Umgehung des INF-Vertrages bedeuten würden. Genscher sei auch gegen diese Lösung. Diese Einwände beziehen sich aber nicht auf Flugzeuge mit normalen Bomben. Es stelle sich aber die Frage, wer die Beschaffung von Waffen vertreten wolle, die nicht die UdSSR, wohl aber Polen (Walesa) die DDR und die Tschechoslowakei (mit Vaclav Havel als Staatspräsident) erreichen könnten.

Third Dolder Conference
East-West Relations and the Prospects of the Arms Control Dialogue
 Grand Hotel Dolder, Zurich, 12-14 January, 1990

List of Participants

Mr. Josef Aregger
Deputy Head of the Political Secretariat, Federal Department of Foreign Affairs, Berne

Maj-Gen Hans E. Bachofner
Chief of Staff for Operational Training, Federal Military Department, Berne

Dr. Christian Catrina
Deputy to the Representative for Special Politico-Military Affairs, Federal Military Department, Berne

Prof. Anthony H. Cordesman
Legislative Assistant for National Security Affairs to Senator John McCain (Arizona;Rep), US Senate

Mr. Jim Cunningham
Chief of Staff to the NATO Secretary General, Brussels

Maj-Gen (ret.) Gustav Däniker
Former Chief of Staff for Operational Training, Federal Military Department, Berne

Dr. Olivier F. Desarzens
Deputy to the Representative for Special Politico-Military Affairs, Federal Military Department, Berne

Mr. Christopher N. Donnelly, Esq
*Director, Soviet Studies Research Centre, Royal Military Academy, Sandhurst;
 Sovietologist-in-Residence, NATO, Brussels*

Dr. Willem F. Van Eekelen
Secretary General WEU, London; former Minister of Defence of the Netherlands, The Hague

Ambassador Marianne von Grüningen
Head of the Political Division III, Federal Department of Foreign Affairs, Berne

Lt-Gen Heinz Häslar
Chief of the General Staff, Federal Military Department, Berne

Mr. François Heisbourg
Director, International Institute for Strategic Studies, London

Dr. Johan Jørgen Holst
Director, Norwegian Institute of International Affairs; former Minister of Defence of Norway, Oslo

Prof. Klaus Jacobi
State Secretary, Federal Department of Foreign Affairs, Berne

Malcolm Mackintosh, Esq
*Senior Fellow in Soviet Strategic Affairs, International Institute for Strategic Studies, London;
 formerly with the Cabinet Office, London*

Prof. Michael Nacht
Dean of the School for Public Affairs, University of Maryland

Dr. Thomas Peter
Center for Security Studies and Conflict Research, Swiss Federal Institute of Technology, Zurich

Lt-Col Albrecht Ringgenberg
Military Protocol, Federal Military Department, Berne

Mr. Bruno Rösli
Staff Member, Division for Peace Policy Measures, Federal Military Department, Berne

Ministerialdirektor Dr. Hans Rühle
General Manager NAMMA, Munich

Mr. Walter B. Slocombe
Caplin & Drysdale, Chartered, Washington, D.C.

Prof. Kurt R. Spillmann
Center for Security Studies and Conflict Research, Swiss Federal Institute of Technology, Zurich

Mr. Kaspar Villiger
Minister of Defence, Federal Military Department, Berne

Dr. Paul Widmer
Head of the CSCE Office, Federal Department of Foreign Affairs, Berne

Dr. Theodor H. Winkler
Representative for Special Politico-Military Affairs, Federal Military Department, Berne

Dr. Manfred Wörner
Secretary General NATO, Brussels

12.1.90

Third Dolder Conference

East-West Relations and the Prospects of the Arms Control Dialogue

Grand Hotel Dolder, Zurich, 12 - 14 January, 1990

Programme

Friday, January 12th, 1990

19:00-20:00	Welcome Drink	Barstübli
20:00-22:00	Opening Dinner, hosted by the Swiss Minister of Defence, Mr. Kaspar Villiger	Salon Vert

Saturday, January 13th, 1990

10:00-12:00	Working Session 1: Development of the Situation in Eastern Europe and the Soviet-Union	Salon Triton
12:15-14:00	Lunch	Spiegelsaal
15:00-17:30	Working Session 2: East-West Relations	Salon Vert
19:30-22:30	Dinner at a Restaurant in downtown Zurich	ZunftHaus zur Schmiden

Sunday, January 14th, 1990

09:30-11:30	Working Session 3: Arms Control	Salon Triton
12:00-13:30	Lunch	La Rotonde
14:00	Conference disperses	